



Rufen zum Handeln auf: Volker Issmer, Michael Gander und Georg Hörnschemeyer (v.l.n.r.) vor den geschändeten Stelen des Friedhofs „Meyerhöfen“
Foto: Harff-Peter Schönherr

Vergessen und geschändet

Fast 500 Opfer des Nationalsozialismus liegen auf dem Friedhof „Meyerhöfen“ im Landkreis Osnabrück. Vor Jahren wurde der Ort geschändet, bis heute gibt es keinen Ersatz für Gedenktafeln. Nun soll der Gedenkort wieder ins Bewusstsein gebracht werden

Von Harff-Peter Schönherr

Es gibt Orte, die wirken so verlassen, dass es weh tut. Der Bohmter Friedhof „Meyerhöfen“ im Landkreis Osnabrück ist einer von ihnen. Halb vergessen liegt er zwischen Venner Moor und Ochsenmoor, an einer winzigen Nebenstraße ins Nirdengwo, zwischen Wald und Feld. 482 Tote sind hier bestattet, in den 1950er- und 1960er-Jahren aus dem gesamten Regierungsbezirk Osnabrück umgebettet, die meisten Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter der NS-Diktatur, viele Frauen und Kinder.

Etwas Unheimliches liegt über dem Ort: schiefe, heruntergebrochene Latenzäune, Bänke, deren Sitzbretter wegfaulen, verrostete Grablichter, tief ins halbtote Gestrüpp geschleudert. Einige der kleinen Granit-Grabblöcke sind aus dem Boden gehoben, andere von Astwerk überwuchert, viele so schmutzig, dass die Nummern, die sie tragen, nicht mehr lesbar sind. Müll liegt herum. Wer immer hier mäht, scheint nicht zu wissen, was ein Freischneider ist. Hinten, an den Betonstelen, vertrocknet ein Kranz.

Das Schlimmste aber sind die Schändungen. Die vier Bronzetafeln der Stelen wurden abgesägt, aus der Verankerung gebrochen, vor Jahren schon –

trugen die Namen der Toten. In die verblühenen, verfärbten, schon längst nicht mehr faktenaktuelle Plastiktafel am Eingang hat jemand „Adolf“ geritzt.

Daniel Schnier empört das. Der Bremer, in Bohmte aufgewachsen, war Ende Mai hier. „Das ist kein Friedhof“, sagt er bitter, „das ist eine Verscharung!“ Schnier hat Briefe geschrieben. An die Gemeinde Bohmte, an das Land Niedersachsen, das für „Meyerhöfen“ verantwortlich ist. An den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, der den Ort nur als „Sowjetische Kriegsgräberstätte“ führt, obwohl hier auch Polen und Ukrainer liegen, Belgier, Franzosen, Griechen, Serben, Niederländer – und Zivilisten.

Bohmtes Bürgermeister Klaus Goedejohann weist darauf hin, dass die Gemeinde gern die Pflege der Gräber übernehmen will. Ein hierzu an das Land Niedersachsen gerichteter Antrag sei aber vom Landeskabinett abgelehnt worden.

Eine der Antworten, die Schnier besonders zornig macht, kam von niedersächsischen Innenministerium. „Da hieß es, ein Ersatz der Bronzetafeln erscheine derzeit nicht sinnvoll, weitere Diebstähle könnten ja nicht verhindert werden.“

Volker Issmer, Historiker aus Osnabrück, der erstmals Mitte der 1990er-

Jahre im Zuge seiner Forschungen zum Gestapo-Arbeiterziehungslager „Augustaschacht“ bei Osnabrück auf „Meyerhöfen“ gestoßen war, steht vor den nackten Stelen: „Unhaltbar“, sagt er. Michael Gander, Leiter des Osnabrücker Gedenkstättenensembles „Augustaschacht“ und „Gestapokeller“, nickt: „Fortschreitender Verfall, fortschreitende Schändung – zunächst einmal muss hier ein Zustand der Würde geschaffen werden.“ Das alles sei ja schon lange bekannt, sagt Georg Hörnschemeyer, Vorsitzender des Trägervereins des Augustaschachts und Gestapokellers. „Aber passiert ist nichts.“

Auch die Russin Schenja Hulkowa liegt hier. Als sie Anfang 1945 starb, war sie noch nicht einmal ein Jahr alt.

„Fortschreitender Verfall, fortschreitende Schändung – zunächst einmal muss hier ein Zustand der Würde geschaffen werden“

Michael Gander, Leiter des Osnabrücker Gedenkstättenensembles „Augustaschacht“ und „Gestapokeller“

1957 wurde sie hierhin umgebettet, aus Georgsmarienhütte; ihre Mutter lebte in einem der Barackenlager des Augustaschachts. „Über die meisten Opfer hier wissen wir kaum etwas“, sagt Issmer eindringlich: „Mehr als 100 sind namenlos.“ Da ist Forschung geboten. Issmer, Gander und Hörnschemeyer sind hier, um Taten auf den Weg zu bringen. Etwas gegen das Informationsdefizit. Denn wer „Meyerhöfen“ besucht, erfährt nur fragmentarisch, an was für einem Ort er ist. „Auskünfte erteilt die Gemeinde Bohmte“, heißt es zwar am Eingang, aber wer fragt da schon? „Absolut lächerlich!“, schüttelt Hörnschemeyer den Kopf. „Auf die Bürozeiten der Verwaltung warten und die Vermittlung anrufen? Gestriger geht’s nicht.“ Eine interaktive „Meyerhöfen“-Internetseite könnte Gander sich vorstellen, oder eine App, in die man sich vor Ort einloggt.

Klar ist: Der Ort braucht Öffentlichkeit. „Regelmäßige Gedenkfeiern zum Beispiel“, sagt Issmer. „Vielleicht am 27. Januar, dem Jahrestag der Befreiung von Auschwitz.“ Und Aufklärung muss her. Unwahrscheinlich zum Beispiel, dass das Absägen der Bronzetafeln wirklich nur ein simpler Metall-Diebstahl war, denn keine seriöse Geberlei schmilzt eine solche Tafel ein.

„Politische Gründe sind nicht auszuschließen“, sagt Gander. Im Gegensatz zu Schnier wünscht er sich die Tafeln gar nicht zwingend zurück: „Auch eine derartige Verwundung lehrt ja etwas über den Zustand unserer Gesellschaft. Natürlich bräuchte es dann hier vor Ort einen Kommentar, der das Ganze erklärt.“

Wie es mit „Meyerhöfen“ weitergeht? Kerstin Schubert vom Fachbereich Ordnung der Gemeinde Bohmte hält sich bedeckt: „Das liegt in der Zuständigkeit des Landes.“ Philipp Wedelich, Pressesprecher des Hannoveraner Innenministeriums: Ein Austausch der Plastiktafel werde „erwogen“. Weiterer Diebstahl solle „durch eine geeignete Material- und Gestaltungswahl begegnet werden“. Neue Bronzetafeln für die Stelen sind dabei nicht vorgesehen: zu teuer, zu diebstahlsgefährdet. Immerhin: Eine Einbindung des Friedhofs „in die örtliche und überörtliche Gedenkarbeit“ fände das Ministerium „sehr sinnvoll“.

Bleibt „Adolf“. Strafrechtliche Folgen hat die Schändung wohl nicht: „Wegen der bisher erfolglos laufenden Ermittlungen zu den Bronzeplatten“, sagt Wedelich, „wurde bisher von einer Strafanzeige abgesehen.“ Eine seltsame Beherlei schmilzt eine solche Tafel ein.

südwest

Im Harmoniedusel

Die Grünen-Fraktion hat sich erkundigt, welches Fleisch Studierenden in Bremen serviert wird – Gemetztes aus Qualzucht oder **totgestreicheltes Demeter-Schwein**? Und der Senat hat geantwortet: Muss ja. Aber die Art ist bemerkenswert. **Auf die konkrete Frage**, wie oft wurde seit Einführung des Kennzeichens „aT“ für artgerechte Tierhaltung so gekennzeichnetes Fleisch angeboten? setzt’s aus dem zuständigen SPD-führten Ressort: „Jede Form der Tierhaltung kann als artgerechte Haltung“ bezeichnet werden. **„Noch weniger harmoniesüchtig hätte höchstens** die Formulierung „...ckt euch, ihr Wiederkäuer!“ gewirkt. Aber die hätte dann vielleicht doch die just gestarteten Koalitionsverhandlungen gestört.

Krümmels Reststrom vor Gericht

Das Atomkraftwerk ist seit Jahren vom Netz. Grohnde würde gern dessen stillgelegte Strommengen übernehmen

Die Stromkonzerne Preussen-Elektra und Vattenfall streiten sich um die Reststrommenge für das 2011 stillgelegte Atomkraftwerk Krümmel in Geesthacht bei Hamburg. Um 11 Uhr beginnt hierzu in Hamburg ein Zivilprozess. Beide Konzerne sind zu jeweils 50 Prozent an der Krümmel-Betreibergesellschaft beteiligt.

Die Reststrommenge ist die Menge Strom, die in Krümmel hätte weiter produziert werden können, wäre die Betriebserlaubnis nicht im August 2011 durch eine Atomgesetzänderung nach dem Reaktorunfall von Fukushima erloschen. Allerdings war das Atomkraftwerk (AKW) aufgrund von Pannen schon seit Sommer 2007 fast durchweg vom Netz.

Preussen-Elektra möchte Reststrom vom AKW Krümmel auf das Atomkraftwerk Grohnde bei Hameln (Niedersachsen) übertragen lassen. Preussen-Elektra beansprucht nach Gerichtsangaben 44.000 Gigawattstunden im Wert von rund 415 Millionen Euro. Vattenfall und Europe Nuclear Energy möchte die Reststrommenge von Krümmel dagegen am Markt veräußern.

Um die von Preussen-Elektra beanspruchte Strommenge zu produzieren, muss ein Kernkraftwerk früheren Angaben zufolge etwa vier Jahre laufen. Grohnde darf laut Atomgesetz bis Ende 2021 am Netz bleiben. Allerdings reicht die dem Kraftwerk derzeit zugewiesene Reststrommenge nach Firmenangaben nur noch für einen

Betrieb bis Oktober 2019. Für das Unternehmen ist die Klärung auch in Bezug auf das stillgelegte Kraftwerk Brunsbüttel (Kreis Dithmarschen/Schleswig-Holstein) wichtig. Auch an dieser Anlage sind beide Prozessparteien beteiligt: Vattenfall mit 66,7 Prozent, der Rest entfällt auf die Preussen-Elektra-Muttergesellschaft EnBW.

Die Anti-Atom-Organisation „ausgestrahlt“ forderte unterdessen erneut, das Atomkraftwerk Grohnde umgehend abzuschalten. „Je älter der Reaktor wird, umso gefährlicher ist sein Betrieb“, teilte die Organisation in Hamburg mit. Für die Stromversorgung werde das Kraftwerk nicht mehr benötigt. Es war 1985 in Betrieb gegangen. (dpa)